

Apple bricht mit China

Die Abkoppelung zwischen den Grossmächten verläuft schneller als erwartet – der iPhone-Hersteller zügelt nach Indien



Apple-Handys werden künftig wohl nicht mehr in chinesischen Fabriken zusammengebaut.

QILAI SHEN / BLOOMBERG / GETTY

ALBERT STECK

Die wirtschaftliche Entflechtung zwischen den USA und China hat begonnen – unabhängig davon, ob die beiden Länder am Verhandlungstisch zu einer Lösung finden. Laut der «Financial Times» plant der Technologiekonzern Apple, bereits im nächsten Jahr sämtliche in den USA verkauften iPhones in

Ohne Fachkräfte keine Reindustrialisierung

Kommentar auf Seite 22

Indien zu produzieren. Der Exodus aus China erfolge damit schneller und gehe weiter als erwartet, schreibt die Zeitung.

Die Symbiose zwischen Apple und China war ein zentraler Treiber für den Aufstieg des Smartphone-Herstellers

zum wertvollsten Konzern der Welt mit einer Börsenkapitalisierung von 3000 Milliarden Dollar. Umso härter hat der von US-Präsident Donald Trump losgetretene Handelskonflikt Apple jedoch getroffen. Durch die angekündigten Zölle verlor das Unternehmen 700 Milliarden Dollar an Wert.

Apple komme der Umzug nach Indien keineswegs gelegen – er sei nur die zweitbeste Lösung, sagt Mathias Hoffmann, Professor für internationalen Handel an der Universität Zürich. «Der Fall zeigt jedoch: Der Geist ist aus der Flasche. Wir werden jetzt auch von weiteren Konzernen Produktionsverlagerungen sehen.» Der Zweck bestehe darin, in einer in Blöcke zerfallenden Weltwirtschaft weiterhin auf allen grossen Märkten präsent sein zu können.

Die Konzernlenker handeln also und warten gar nicht erst ab, was bei den Verhandlungen zwischen den USA und China herauskommt. Die derzeitigen Signale sind ohnehin äusserst widersprüchlich: Der US-Finanzminister Scott Bessent behauptete diese Woche, es finde eine Deeskalation auf beiden Seiten statt. Dagegen sprach die chinesische Regierung postwendend von «Fake News» und dementierte, dass derzeit überhaupt Gespräche laufen.

China betont, dass die USA zuerst die Zölle rückgängig machen müssten, damit ein Dialog starten könne. Man werde vor den Schikanen nicht kapitulieren. Zurzeit gilt für chinesische Importe in die USA ein Zollltarif von 145 Prozent, obgleich Trump für gewisse elektronische Güter wie Smartphones oder Halbleiter Ausnahmen verfügt hat.

China betont, dass die USA zuerst die Zölle rückgängig machen müssten, damit ein Dialog starten könne. Man werde vor den Schikanen nicht kapitulieren. Zurzeit gilt für chinesische Importe in die USA ein Zollltarif von 145 Prozent, obgleich Trump für gewisse elektronische Güter wie Smartphones oder Halbleiter Ausnahmen verfügt hat.

Wende in der Strategie

Der Apple-Konzern, welcher derzeit 80 Prozent seiner Produkte in China fertigt, geht angesichts der lähmenden Unsicherheit nun selbst in die Offen-

sive. Zwar existiert bereits eine erste iPhone-Fabrik in Indien. Trotzdem sehen Experten in dem jetzt beschlossenen Schritt einen eigentlichen Wendepunkt in der Produktionsstrategie. Zunächst ist geplant, die Stückzahlen aus Indien auf 60 Millionen zu verdoppeln. Zum Vergleich: Noch vor kurzem schätzte Bloomberg Intelligence, es werde acht Jahre dauern, um lediglich 10 Prozent von Apples Produktionskapazitäten aus China auszulagern.

Wie die Zeitung «Times of India» berichtet, soll die indische Regierung den Zuzug von Apple mit Subventionen in der Höhe von bis zu 3 Milliarden Dollar versüssen. Trotzdem bleibt ein erhebliches Risiko, dass der Handelskonflikt ebenso am neuen Standort zu Problemen führt. Denn die US-Regierung hat auch für Indien «reziproke» Zölle von 26 Prozent beschlossen, welche zwar vorerst ausgesetzt sind. Doch der Basiszoll von 10 Prozent gilt weiterhin.

Zudem begibt sich Indien auf eine heikle Gratwanderung, wenn es zu viele Umgehungsgeschäfte aus China anlockt. Das gilt ebenso für die Pharmaindustrie, eine der wichtigsten Branchen, was den Export in die USA betrifft. Laut Schätzungen stammen nicht weniger als 70 Prozent der chemischen Vorprodukte aus China. Dies ist nicht nur den Amerikanern ein Dorn im Auge. Auch die Chinesen prüfen gemäss dem «Economist» Vergeltungsmassnahmen gegen Indien.

Löhne in den USA sind zu hoch

Das deklarierte Ziel von Donald Trump ist es, die Industriejobs wieder in die USA zurückzuholen, was er mit dem Umzug von Apple nach Indien nicht erreicht hat. Dass dies im Falle des iPhones überhaupt Sinn ergäbe, wird von vielen Ökonomen allerdings bezweifelt. Gemäss Berechnungen der Bank of America verteuerte sich ein Smartphone nur schon dadurch um 25 Prozent, dass die amerikanischen Lohnansätze in die Herstellungskosten einflössen. So begnügen sich chinesische Arbeiter mit einem Stundenlohn von unter 4 Dollar, während der Mindestlohn in Kalifornien bei über 16 Dollar pro Stunde liegt.

Trotzdem könne man den Schritt von Apple nicht als Niederlage für Trump werten, meint der Handels-

experte Hoffmann. Dieser werde einen Punktgewinn für sich reklamieren: «Denn erstens will Trump an China ein Exempel statuieren. Und zweitens zeigt sich trotz aller Unsicherheit schon jetzt, dass etliche internationale Konzerne aufgrund des attraktiven Binnenmarkts in den USA ihre Investitionen dort ausbauen.» Ob sich dies unter dem Strich für die amerikanische Wirtschaft auszahle, bleibe dennoch offen.

Warten auf Pekings Antwort

Fest steht: China wird den Auszug von Apple nicht so einfach auf sich sitzen lassen. Gemäss dem Prinzip «Auge um Auge» schlägt das Land vehement zurück. Beispielsweise hat China zwei bereits gekaufte Flugzeuge des Herstellers Boeing abgewiesen – diese mussten wieder zurück in die USA fliegen.

Der Spielraum für eine weitere Eskalation ist noch längst nicht ausgeschöpft. So könnte China US-Staatsanleihen auf den Markt werfen, was die Zinsen nach oben treibe und die Schulden verteuere. Die Gefahr besteht, dass in dem Kräftemessen beide Länder zu den Verlierern gehören werden.

Das Apple-Papier vollführt Sprünge

Aktienkurs von Apple, in Dollar



Für den laufenden Tag wird der aktuelle Kurs angezeigt (Intraday).
Stand: 25. April 2025, 19 Uhr 35.

QUELLE: YAHOO FINANCE

NZZ / fsl

180-Millionen-Schutzklausel verhindert Bieterkampf

Nach der Ankündigung der Fusion mit Helvetia und dem Rückzug von Cevian fallen die Baloise-Aktien stark ins Minus

MICHAEL FERBER

Die am Dienstag angekündigte Fusion der beiden Versicherer Helvetia und Baloise rückt näher. Der Finanzinvestor Cevian hat seinen Anteil von 9,351 Prozent am Kapital von Baloise an die Patria-Genossenschaft verkauft. Dies entspricht knapp 4,3 Millionen Baloise-Aktien. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

In der Folge stand der Aktienkurs von Baloise an der Schweizer Börse am Freitag deutlich unter Druck. Die Titel des Versicherers verloren 5,3 Prozent an Wert. Der Rückzug von Cevian sorgt für klare Verhältnisse und macht einen Bieterwettkampf, der den Kurs der Baloise-Aktien hochtreiben könnte, unwahrscheinlich. Der Einstieg des aktivistischen Finanzinvestors im Frühjahr 2024 hatte zuvor für Kursphantasie gesorgt. Seit einem Jahr haben die Aktien des Basler Versicherers um knapp 33 Prozent zugelegt.

Harte Verteidigung des Vertrags

Ein Bieterwettkampf ist auch aufgrund einer bisher kaum bekannten Regelung im Fusionsvertrag von Helvetia und Baloise sehr unwahrscheinlich: In Artikel 11 des Vertrags ist festgelegt, dass bei einem Kaufangebot einer Drittpartei

und einem Nichtzustandekommen der Fusion ein Betrag von 180 Millionen Franken fällig wird. Die vom Kaufangebot oder Aktienwerb betroffene Partei sei dann «unabhängig von einem Verschulden» verpflichtet, der anderen Partei diesen Betrag zu zahlen, heisst es darin.

Beobachter bezeichnen diese Regelung, im Finanzjargon als «break fee» bezeichnet, als sehr harte Verteidigungsstrategie bei der geplanten Fusion von Helvetia und Baloise. Sie schrecke potenzielle Kaufinteressenten stark ab. Wer etwa erwäge, ein Gegenangebot für einen der beiden Versicherer abzugeben, müsse nicht nur den Kauf dieses Unternehmens stemmen, sondern dürfe als neuer Besitzer noch zusätzlich 180 Millionen Franken aufbringen müssen.

Cevian hatte nach seinem Einstieg bei Baloise die Rentabilität des Versicherers kritisiert und unter anderem den Rückzug des Unternehmens vom deutschen Markt gefordert. Mit der Ankündigung der Fusion von Baloise mit Helvetia wurde der Finanzinvestor nun ausgebremst. Für das Fusionsvorhaben der beiden Versicherer ist der Rückzug von Cevian ein Schritt voran. Schliesslich hatte es zuvor Spekulationen gegeben, der Finanzinvestor könnte sich gegen die Fusion stellen.

Für den 23. Mai sind sowohl bei Baloise als auch bei Helvetia ausserordentliche Generalversammlungen geplant, dann sollen die Aktionäre dem Zusammenschluss zustimmen. Die Patria-Genossenschaft werde am 23. Mai mit den Aktien von Cevian abstimmen können, hiess es in einer Mitteilung von Baloise. Patria ist mit einem Anteil von 34,1 Prozent der grösste Aktionär bei Helvetia und hat bereits angekündigt, die Fusion der beiden Versicherer zu unterstützen.

Cevian dürfte sich unter anderem deshalb zurückgezogen haben, weil es in dem fusionierten Versicherungsunternehmen mit seinen Anteilen deutlich an Einfluss verloren hätte.

Als Folge des Rückzugs des Finanzinvestors hat sich auch der Cevian-Vertreter Robert Schuchna an der ordentlichen Generalversammlung von Baloise am Freitag nicht wie ursprünglich vorgesehen zur Wahl in den Verwaltungsrat gestellt. Baloise verzichtet in der Folge auf ein siebtes Mitglied im Verwaltungsrat des fusionierten Unternehmens Helvetia Baloise Holding. Das Gremium werde damit dreizehn statt wie zuvor geplant vierzehn Mitglieder umfassen.

Durch die angekündigte Fusion von Helvetia und Baloise soll der zweitgrösste Versicherer der Schweiz mit einem Anteil von rund 20 Prozent am

hiesigen Versicherungsmarkt und mehr als 22 000 Mitarbeitenden entstehen.

Kritische Stimmen

Analysten von Bloomberg bemängeln derweil, die Aktivitäten der beiden Versicherer im Ausland würden durch die Fusion zu wenig aufgestockt, zudem seien die Integrationskosten im Vergleich mit den Einsparungen zu hoch. Ein anderer Beobachter spricht von einer «Transaktion der Oberen» und kritisiert damit die geplante Grösse der Führungsebene.

Bei St. Galler Politikern lösen der drohende Stellenabbau durch die Fusion sowie der Entscheid, den Hauptsitz des fusionierten Unternehmens in Basel zu etablieren, Sorgen aus. Es sei «ein grosser Verlust für die Ostschweiz, dass die Zentrale der Helvetia nun verlegt werden soll», wird die St. Galler Stadtpräsidentin Maria Pappa (SP) im «St. Galler Tagblatt» zitiert. Der Stadtrat werde sein Möglichstes tun, um die Unternehmung für die Ostschweiz nicht ganz zu verlieren.

Der St. Galler Regierungsrat Beat Tinner (FDP) sagt auf Anfrage, er bedauere den Abzug des Hauptsitzes von Helvetia, kritisiere Unternehmensentscheide aber nicht. St. Gallen habe als Standort viele Vorzüge, dazu gehörten das grosse Angebot an qualifizierten Arbeitskräften sowie die Universität.

ANZEIGE

Albin Kistler

VERSTÄNDLICH BERATEN

Wir halten Wort.